

Zürich/Lausanne/Lugano 19. September 2013

Schwarzer Tag für die Alkoholprävention

Der Nationalrat hat bei der gestrigen und heutigen Debatte des Alkoholgesetzes den Alkoholmarkt weiter dereguliert – indem er die Alkoholpreise gesenkt, die Mittel für die Prävention gekürzt und die Präventionsmassnahmen, die Bundesrat und Ständerat vorgeschlagen hatten, aus dem Alkoholgesetz gestrichen hat. Das ist ein schwarzer Tag für die Menschen, die von einem Alkoholproblem betroffen sind, und für deren Umfeld.

Der Nationalrat hat die Ausbeutebesteuerung angenommen, einen Steuermechanismus, der die Steuer auf 92% der in der Schweiz hergestellten Spirituosen um 30% senken wird. Die Steuerausfälle, die damit verbunden sind, werden mit mehr als 20 Mio. CHF beziffert. Diese Steuererleichterung allein wäre nicht so dramatisch, würde sie nicht Tür und Tor zu einer Senkung der Steuer auf allen alkoholischen Getränken öffnen und damit zu einem Zerfall der Alkoholpreise führen: Das System der Ausbeutebesteuerung bevorzugt die einheimischen Produzenten und verstösst damit gegen die Europäischen Abkommen. Bereits 1999 gab es diese Situation, und bereits damals war die Schweiz gezwungen, das damalige Steuersystem, das die einheimischen Produkten gegenüber der ausländischen Konkurrenz schützte, aufzugeben. Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg des Spirituosenkonsums um 75% bei den Männern und 43% bei den Frauen (Heeb, Gmell, 2003).

Diese Steuerreduktion erfolgt darüber hinaus auf Kosten der Präventionsmittel der Kantone, die mit den Steuern auf den Spirituosen finanziert wird. Dabei bleibt es nicht nur bei den fehlenden Einnahmen infolge der Ausbeutebesteuerung. Hinzu kommen Mindereinnahmen infolge zahlreicher weiterer steuerlicher Entlastungen im Umfang von rund 30 Mio. CHF. Heute haben die Kantone mit einem Verlust ihrer Mittel zur Alkoholprävention im Umfang von rund 23% zu rechnen. Sobald das System der Ausbeutebesteuerung auch auf ausländische Produkte angewendet werden muss, werde die Verluste 50% und mehr betragen, wie Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf anlässlich der Debatte im Ständerat betont hatte. Das ist ein schlechtes Signal: Gemäss der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Neuenburg können mit jedem Franken, der in die Alkoholprävention investiert wird, 23 Franken an späteren (verhinderten) Gesundheitskosten eingespart werden (Jeanrenaud, 2010).

Um die Solidarität in Sachen Alkohol komplett zu begraben, hat der Nationalrat schliesslich auch noch die Massnahmen zur Regulierung des Alkoholmarktes und damit des übermässigen Alkoholkonsums abgewiesen (Nachtverkaufsverbot, Mindestpreis auf Billigstalkohol) und dafür die Regulierung für die Bewerbung von Spirituosen gelockert und das bisher geltende Happy Hour-Verbot aus dem Gesetz gekippt.

Heute steht die Schweiz noch hinter Luxemburg und Malta auf der Skala der Länder, die am liberalsten mit dem Alkohol umgehen. Jetzt hat sie die besten Chancen, sich bald an der Spitze wieder zu finden und zum neuen Alkohol-Eldorado in Europa zu werden. Zum Leidwesen der Prävention und der Menschen, die von einem Alkoholproblem betroffen sind.

Kontakt :

Petra Baumberger, Generalsekretärin Fachverband Sucht 079 384 66 83

www.fachverbandsucht.ch